GDL Streiks nach Weihnachtsferien, Besonders viel Verpackungsmüll in Deutschland, Zahl der Firmenpleiten steigt

GDL Streiks nach Weihnachtsferien

Die Lokführergewerkschaft GDL hält im Tarifstreit ihre Streikdrohung aufrecht. So kann man ab dem 8. Januar 2024 mit längeren Arbeitskämpfen rechnen. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer hatte die Tarifverhandlungen vor knapp drei Wochen für gescheitert erklärt. Zuvor hatten die Arbeitgeber unter anderem die Forderung zurückgewiesen, die Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter bei vollem Lohnausgleich von 38 auf 35 Stunden zu senken. In einer Urabstimmung entscheiden die Mitglieder über weitere Arbeitskämpfe. Am 19. Dezember sollen die Stimmen ausgezählt sein, so der Vorsitzende Claus Weselsky. (Manager Magazin)

Besonders viel Verpackungsmüll in Deutschland

Im Jahr 2021 ist in Deutschland deutlich mehr Verpackungsmüll pro Kopf produziert worden als im europäischen Durchschnitt. Rund 237 Kilogramm Kunststoff, Papier- oder Glasverpackungen seien pro Kopf angefallen, so das Statistische Bundesamt. Der EU-Durchschnitt lag bei knapp 189 Kilogramm. Seit 2005 stieg die Pro-Kopf-Menge in Deutschland den Angaben zufolge zudem um 26 Prozent (!). In der gesamten EU nahm sie im gleichen Zeitraum um knapp ein Fünftel (19 Prozent) zu. Erfasst werden dabei laut den Statistikern nicht nur Abfälle privater Haushalte, sondern der insgesamt in einem Land anfallende Verpackungsmüll. Beim absoluten Müllaufkommen liegt

Deutschland laut Statistischem Bundesamt auf Platz eins. (Spiegel Online)

Zahl der Firmenpleiten steigt

Am Jahresende lassen hohe Zinsen, teure Energie und die Konjunkturflaute viele deutsche Unternehmen in die Insolvenz schlittern. Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen stieg im November um 18,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte. Im Oktober 2023 war der Anstieg mit 22,4 Prozent noch kräftiger ausgefallen. Von Januar bis September 2023 meldeten die Amtsgerichte 13.270 beantragte Unternehmensinsolvenzen. Das waren 24,7 Prozent (!) mehr als ein Jahr zuvor (2022). Die Forderungen der Gläubiger bezifferten die Amtsgerichte auf rund 21,1 Milliarden Euro. Das ist fast doppelt so viel wie in den ersten neun Monaten 2022 mit rund 10,8 Milliarden Euro. Hinzu kommt erschwerend, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wohl schrumpfen wird. Mehr dazu hier. (Der Tagesspiegel)